

Gerhard Christe

Prof. Dr.; Dipl. Soziologe

Arbeitsmarkt, Bildungssystem und Benachteiligung

Anmerkungen zur Produktionsschule im Kontext
von Arbeitsmarkt, Sozialstruktur und (Berufs-)Bildung

Erweiterte Fassung des Vortrags
auf den 17. Hochschultagen Berufliche Bildung

im Workshop

„Produktionsschule als politische Aufgabe im Kontext von Arbeitsmarkt,
Sozialstruktur und (Berufs-)Bildung“

Essen, 14. März 2013

Gliederung

1.	Einleitung.....	1
2.	Bildung im Dienste von Beschäftigungsfähigkeit	2
3.	Bildung und Arbeitsmarkt	3
4.	Berufliche Arbeitsteilung und soziale Ungleichheit	4
5.	Benachteiligung und Soziale Ungleichheit	11
6.	Ursachen wachsender sozialer Ungleichheit.....	12
7.	Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik als Standortpolitik.....	13
8.	Für eine Politik des Sozialen	14
9.	Folgerungen für den Übergangsbereich	16
10.	Fragen an das Fachkonzept Produktionsschulen.....	17
	Literatur	18

Arbeitsmarkt, Bildungssystem und Benachteiligung

Anmerkungen zur Produktionsschule im Kontext
von Arbeitsmarkt, Sozialstruktur und (Berufs-)Bildung

1. Einleitung

Am Programm dieses Workshops ist mir – wie Ihnen sicher auch – aufgefallen, dass im Titel aller Vorträge „Produktionsschule“ vorkommt. Nur mein Beitrag macht da eine Ausnahme. Vielleicht werden Sie sich deshalb fragen, ob ich hier überhaupt richtig bin. Ich habe mich das auch gefragt, zumal ich mich nur bedingt mit Produktionsschulen beschäftigen werde. Im Mittelpunkt meines Vortrags wird der Kontext stehen, in dem Produktionsschulen agieren und der es überhaupt erst erforderlich macht, dass es den Übergangsbereich gibt und solche Institutionen wie Produktionsschulen, die ihre zentrale Aufgabe darin sehen, Jugendlichen im erwerbsfähigen Alter den Zugang zu (Berufs-)Bildung und Beschäftigung zu ermöglichen (siehe Beschreibung Workshop).

Wesentliche Kontextbedingungen sind: (1) die Sozialstruktur, (2) das Bildungssystem und der (3) Arbeitsmarkt bzw. das Erwerbssystem. Ich werde daher in der hier zwangsläufig erforderlichen Kürze und damit unvermeidlichen Vergrößerung Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur, Bildung und Arbeitsmarkt skizzieren und im ersten Teil meines Vortrags deutlich zu machen versuchen, inwiefern Benachteiligung hierin systematisch angelegt ist und warum. Im zweiten Teil meines Vortrags werde ich dann einige Folgerungen für die Förderung benachteiligter Jugendlicher zur Diskussion stellen. Dabei komme ich dann auch auf die Produktionsschulen zu sprechen, die ja für sich beanspruchen, „die beste Antwort auf die Probleme benachteiligter Jugendlicher“ zu sein (Europäisches Kolloquium Produktionsschule 2010, 8) und „als Bildungs- und Arbeitsangebot für benachteiligte Jugendliche mehrere Probleme zugleich lösen“ zu können (a.a.O., 10).

Am Ende meines Vortrags werden dann – so hoffe ich – genügend Argumente vorliegen, anhand derer man die von Protagonisten der Produktionsschulen vertretene These, in Produktionsschulen gehe „es wirklich und wahrhaftig um den ‚Ernst des Lebens‘“ (ebd.), gerade auch „durch den Ansatz, marktgängige Produkte herstellen zu müssen“ (ebd.), kontrovers diskutieren kann.

Im Folgenden möchte ich zunächst auf den Zusammenhang von Arbeitsmarkt und Bildung eingehen, und zwar unter der Perspektive derer, die wesentlich hierüber bestimmen (Politik und Wirtschaft).

2. Bildung im Dienste von Beschäftigungsfähigkeit

In einer am 20.11.2012 veröffentlichten 21-seitigen Mitteilung der Europäischen Kommission an das europäische Parlament (sowie den Ministerrat der EU, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen) mit dem Titel „Neue Denkansätze für die Bildung: bessere sozioökonomische Ergebnisse durch Investitionen in Qualifikationen“ heißt es gleich eingangs:

„Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung zur Verbesserung der Qualifikationen sind für die Steigerung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit von entscheidender Bedeutung, denn nur durch qualifizierte Arbeitskräfte kann Europa seine Produktivität weiter steigern. Längerfristig können Qualifikationen die Innovation und das Wachstum vorantreiben, die Produktion auf eine höhere Stufe der Wertschöpfungskette verlagern, die Bündelung höher qualifizierter Arbeitskräfte in der EU anregen und den künftigen Arbeitsmarkt prägen. Europa wird durch das in den letzten zehn Jahren erheblich gestiegene weltweite Angebot an hoch qualifizierten Arbeitskräften auf die Probe gestellt: Die Zeiten, als Europa vor allem mit Ländern im Wettbewerb stand, die nur gering qualifizierte Arbeit zu bieten hatten, sind zu Ende. Überall auf der Welt haben sich die Qualität der Bildung und das Qualifikationsangebot verbessert, und Europa muss hierauf reagieren.

Den europäischen Systemen der allgemeinen und beruflichen Bildung gelingt es weiterhin nicht in ausreichendem Maße, die für die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erforderlichen Qualifikationen zu vermitteln, und die Bildungseinrichtungen arbeiten nicht intensiv genug mit Unternehmen und Arbeitgebern zusammen, um das Lernen enger mit der Realität am Arbeitsplatz zu verknüpfen. Diese Diskrepanzen zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage stellen für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft ein wachsendes Problem dar“ (EU 2013, 2).

Hier wird sehr deutlich, dass es künftig darum geht, allgemeine und berufliche Bildung noch stärker in den Dienst der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zu stellen und die so genannte *Beschäftigungsfähigkeit* von Arbeitnehmern zu verbessern.

Es geht bei diesen „neuen Denkansätzen für die Bildung“ darum, – sagen wir es ruhig im Klartext – vermittels von Investitionen in Humankapital die Realisierung von Profiten zu sichern. Dies ist keine neue Erkenntnis, sie wurde bereits in den 1970er Jahren unter dem Oberbegriff „Bildungsökonomie“ und „Politische Ökonomie des Ausbildungssektors“ breit diskutiert (Altvater Huisken 1971; Huisken 1972). Die entsprechenden Befunde sind jedoch weitgehend in Vergessenheit geraten, wie so viele kritische Befunde aus dieser Zeit, z.B. Ergebnisse der schichtspezifischen Sozialisationsforschung (z.B. Roth 1969; Krappmann 1975; Christe 1980). In der Benachteiligtenförderung spielen sie bislang überhaupt keine Rolle. Dies führt dazu, dass sie trotz in der Regel allerbesten Absichten für affirmative Denkmuster und Erklärungsansätze offen ist.

Dies kann man z.B. an Einschätzungen zur Bedeutung des „Fachkräftemangels“ für benachteiligte Jugendliche sehen (vgl. Christe 2012). Sicherlich nicht so über-

raschend ist die Perspektive, unter der die Arbeits- und Sozialministerin, Ursula von der Leyen, darauf blickt, wenn sie als zentral die Frage ansieht: „Wer leistet die Arbeit von morgen?“ und dabei dann benachteiligte Jugendliche im Blick hat. „Wir brauchen jetzt alle, die bislang am Rande des Arbeitsmarktes stehen, wenn Deutschland im internationalen Wettbewerb nicht zurückfallen will.“ Dies sei eine Chance für Menschen mit geringeren Qualifikationen. Denn: „Bleibt die Ingenieurstelle unbesetzt, gibt es auch keine Arbeit für den technischen Zeichner, die Sekretärin, die Reinigungskräfte.“

Ebenfalls nicht überraschen dürfte die Auffassung der ehemaligen Bildungsministerin Annette Schavan, die meint: „Wir können es uns nicht leisten, auch nur einen einzigen Jugendlichen ohne Ausbildung zurückzulassen, schon alleine wegen des drohenden Fachkräftemangels nicht. Wir brauchen eine bessere Ausschöpfung der Begabungsreserven.“

Eher überraschen dürfte jedoch die vom Präsidenten des Internationalen Bundes (IB) – ein großer Wohlfahrtsverband, der auch in der Jugendberufshilfe stark engagiert ist – vertretene Auffassung: „Deutschland droht in den kommenden Jahren ein dramatischer Fachkräftemangel, wenn es nicht gelingt, auch Jugendliche mit Förderbedarf in den Arbeitsmarkt zu integrieren.“ Dieser unkritische Blick, den man in Abwandlung eines Buchtitels von Walter Heinz aus den 1980er Jahren mit „Hauptsache eine Lehrstelle“ (Heinz 1987) umschreiben könnte, ist in der Jugendberufshilfe leider nicht selten zu finden.

Trotzdem ist natürlich zu fragen, ob nicht ungeachtet einer ökonomisch motivierten Begründung für eine bessere Bildungsförderung dadurch nicht auch Voraussetzungen entstehen zum Abbau von Bildungsbenachteiligung und Chancen zum sozialen Aufstieg für Jugendliche, die bislang benachteiligt waren. Ergeben sich hieraus nicht sogar neue Perspektiven zum Abbau sozialer Ungleichheit und zur Herstellung mehr von mehr sozialer Gerechtigkeit?

3. Bildung und Arbeitsmarkt

Die zentrale Bestimmungsgröße für die individuellen Zugangschancen zum Arbeitsmarkt und zu den vertikal und horizontal gegliederten Positionen des Beschäftigungssystems ist der *Bildungserfolg* – neben und in Kombination mit anderen Merkmalen wie Geschlecht, sozialer Herkunft, Alter, Gesundheit, Wohnort oder ethnischer Zugehörigkeit. Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt werden also im Wesentlichen mit Unterschieden in den individuellen Bildungslaufbahnen und -

abschlüssen legitimiert. Man kann deshalb auch von einem *meritokratischen Zusammenhang zwischen Bildung und Beschäftigung sprechen* (Georg/Sattel 2006, 125f).

Eine neue Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat noch einmal gezeigt, wie groß der Einfluss von Bildung auf die Wahrscheinlichkeit ist, arbeitslos zu werden und/oder zu bleiben. Den neuesten Zahlen zufolge (2011) beträgt die Arbeitslosenquote derjenigen *mit* abgeschlossener Ausbildung 4,5% (berufliche Ausbildung 5,1%; Hochschulausbildung 2,4%), derjenigen ohne abgeschlossene Ausbildung aber 19,6% (Männer 20,4%; Frauen 18,7%) (Weber/Weber 2013, 5-7).

Daraus abzuleiten, ein Schulabschluss und eine abgeschlossene Berufsausbildung seien *die* entscheidende Lösung zum Abbau von Benachteiligung, greift jedoch zu kurz, bleiben dabei weitere Determinanten von sozialer Benachteiligung doch unberücksichtigt.

Denn die Einstellungsentscheidungen der Arbeitgeber sind von vielfältigen Einflüssen abhängig (wirtschaftliche Lage, Fachkräftebedarf, Anforderungsprofile). Nicht zuletzt deshalb müssen auch Schulabgänger mit Haupt- oder Realschulabschluss oftmals ein Jahr und länger einen Ausbildungsplatz suchen (Altbewerberproblematik).

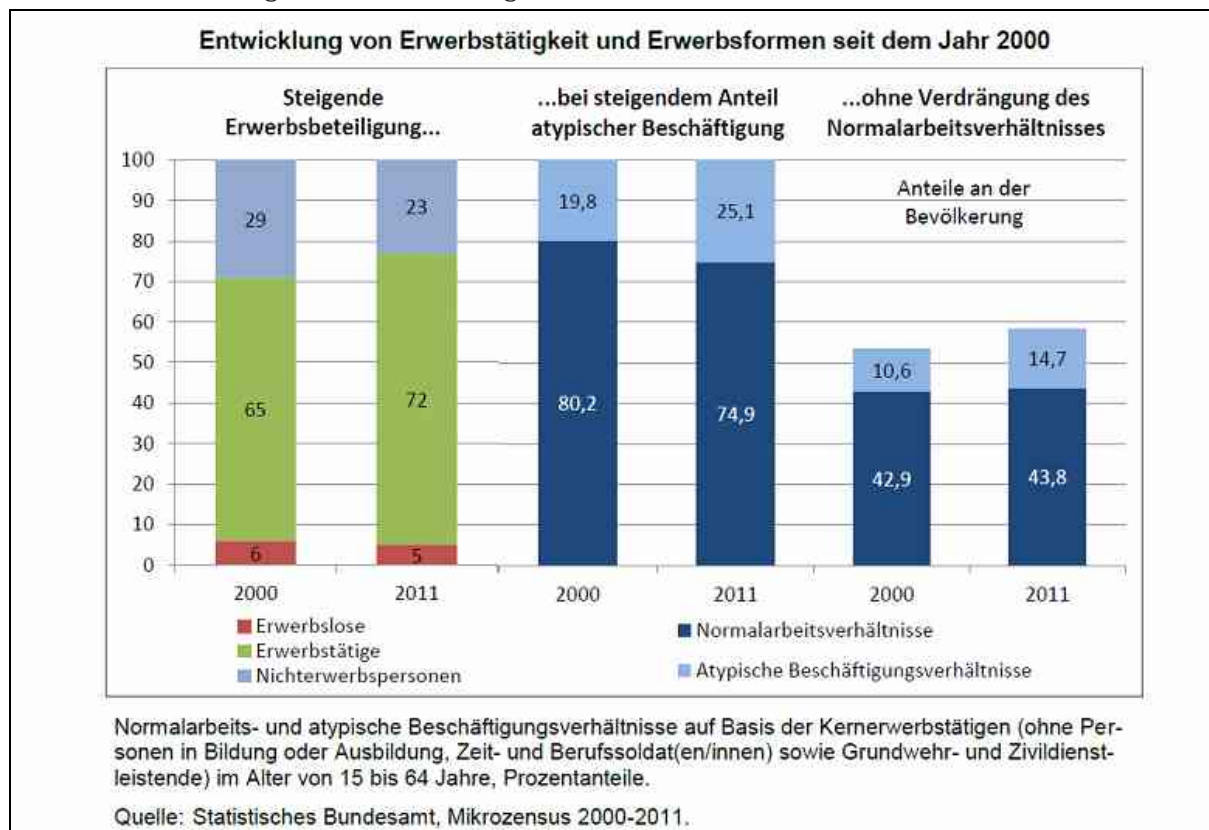
Wie bekannt, handelt es sich hier um eine nicht gerade kleine Gruppe von Jugendlichen. Im Januar 2012 hatten 13,4% der arbeitslosen Jüngeren keinen Schulabschluss, und die Hälfte verfügte über keinen Berufsabschluss. Personen ohne Schulabschluss haben ein deutlich höheres Risiko, auch keinen Berufsabschluss zu erlangen. 2009 gab es in Deutschland 568.000 in der Altersgruppe der 20- bis 34-Jährigen ohne Schulabschluss. Von ihnen hatten 400.000 (70,4%) auch keinen beruflichen Abschluss. In der Altersgruppe der 25- bis unter 34-Jährigen blieben nach Daten des Mikrozensus aus dem Jahr 2007 rund 1,5 Mio. junge Menschen ohne Ausbildungsabschluss, davon insgesamt 78% trotz eines Hauptschul- (52%) oder Realschulabschlusses (26%) (vgl. Vierter Armutsbericht 2013, 184).

4. Berufliche Arbeitsteilung und soziale Ungleichheit

Bereits in ihrem 1978 herausgegebenen Buch mit dem Titel „Berufliche Arbeitsteilung und soziale Ungleichheit“ haben Ulrich Beck und Michael Brater gezeigt, wie „unter den Bedingungen der kapitalistischen Warenproduktion [...] das Problem der Verteilung von Arbeit verkoppelt (wird) mit dem Problem der Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums und der dauerhaften Zuteilung beruflich vermittelter Sozialchancen, so dass hier Prozesse der Arbeitsteilung auf vielfältige Weise zum Gegenstand der Durchsetzung allgemeiner, vorgängiger sozialer Interessenlagen, Machtverhältnisse und Ungleichheitsstrukturen werden. Dies hat eine Instrumentalisierung gesellschaftlicher Arbeit unter Zwecken zur Folge, die zwangsläufig mit den Prinzipien gesellschaftlicher Problemlösung und Bedürfnisbefriedigung in Kollision geraten“ (Beck/Brater 1978, 10).

Die eingangs zitierte Passage aus der Mitteilung der EU-Kommission zeigt dies ebenso wie einige Befunde aus dem soeben erschienenen Vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, der sicherlich unverdächtig ist, ein zu negatives Bild der aktuellen sozialen Wirklichkeit in Deutschland zu zeichnen. Hier ein paar aktuelle Befunde aus dem Bericht.¹

Abb. 1: Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Erwerbsformen von 2000 bis 2011



Tab. 1: Erwerbstätigenquote nach formalem Berufsabschluss

**Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren
nach Erwerbsstatus und formalem Berufsabschluss**

Erwerbstyp	Berufsabschluss	
	ohne formalen Berufsabschluss	mit formalem Berufsabschluss
Erwerbstätige	55,3 %	79,4 %
Erwerbslose	11,8 %	5,3 %
arbeitsuchende Nichterwerbspersonen	1,8 %	0,6 %
sonstige Nichterwerbspersonen	31,1 %	14,7 %

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2009 scientific use file, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB).

¹ Die folgenden Tabellen und Abbildungen entstammen dem Vierten Armuts- und Reichtumsbericht.

Tab. 2: Erwerbstätigenquote im Lebensverlauf nach formalem Berufsabschluss

Erwerbstätigenquote im Lebensverlauf nach formalem Berufsabschluss		
Alter	ohne Berufsabschluss	mit Berufsabschluss
20-29 Jahre	49,4	81,6
30-39 Jahre	60,6	84,9
40-49 Jahre	66,1	86,7
50-59 Jahre	57,3	78,8
60-64 Jahre	26,1	41,5
65-69 Jahre	5,3	9,1

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2009 scientific use file, Berechnungen des BIBB.

Abb. 2: Anteil der ausschließlich geringfügig Entlohnnten

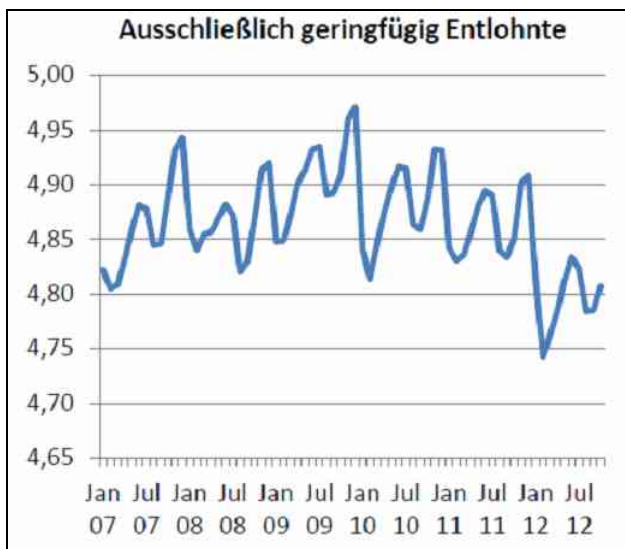


Abb. 3: Anstieg der Niedriglohnquote von 2000 bis 2010

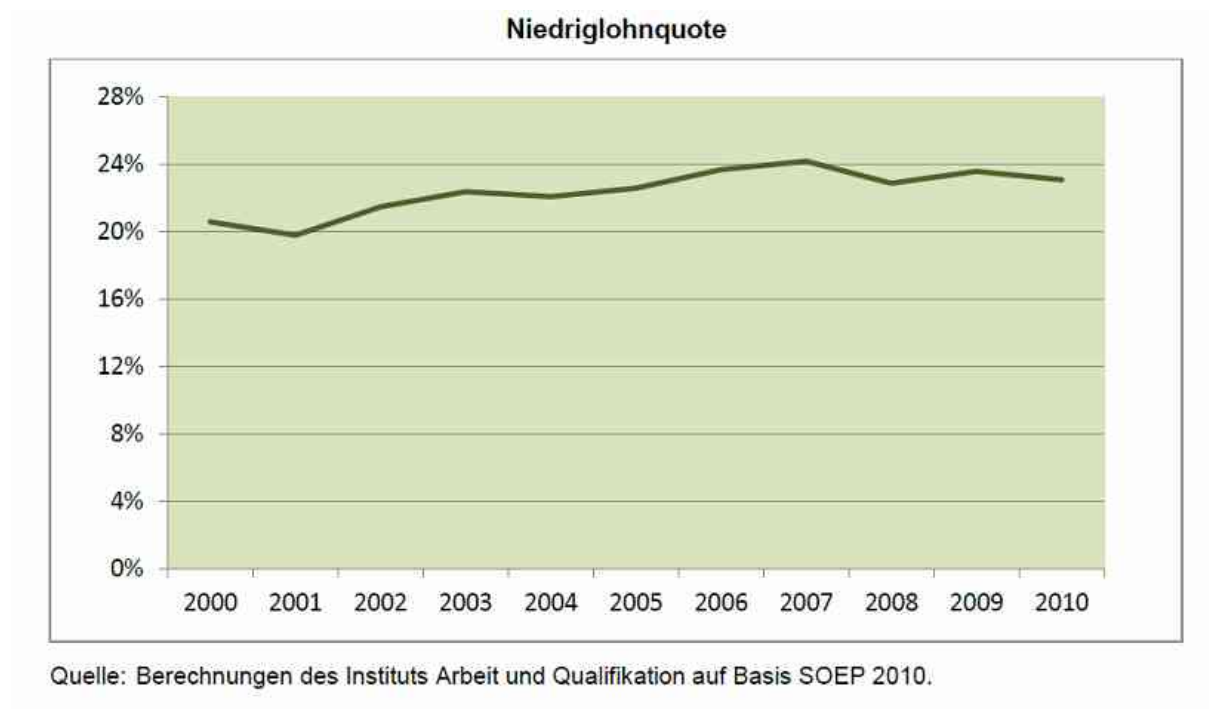


Abb. 4: Entwicklung der Armutsrisikoquoten von 2000 bis 2011

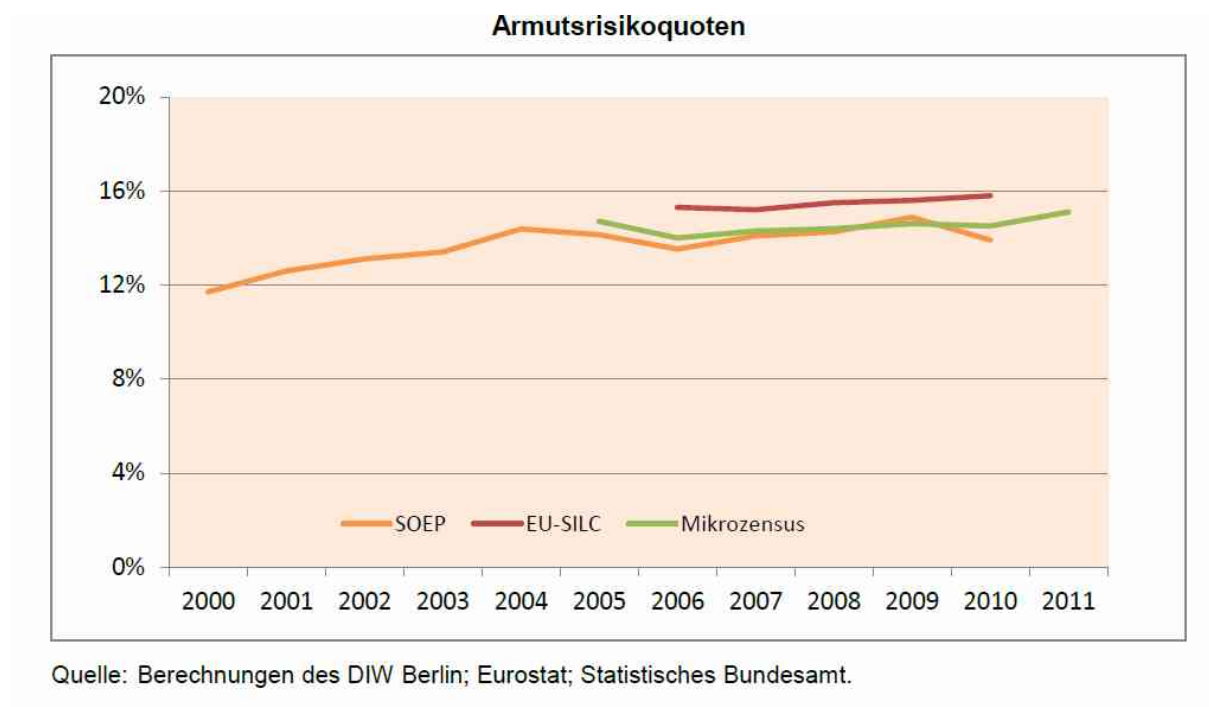
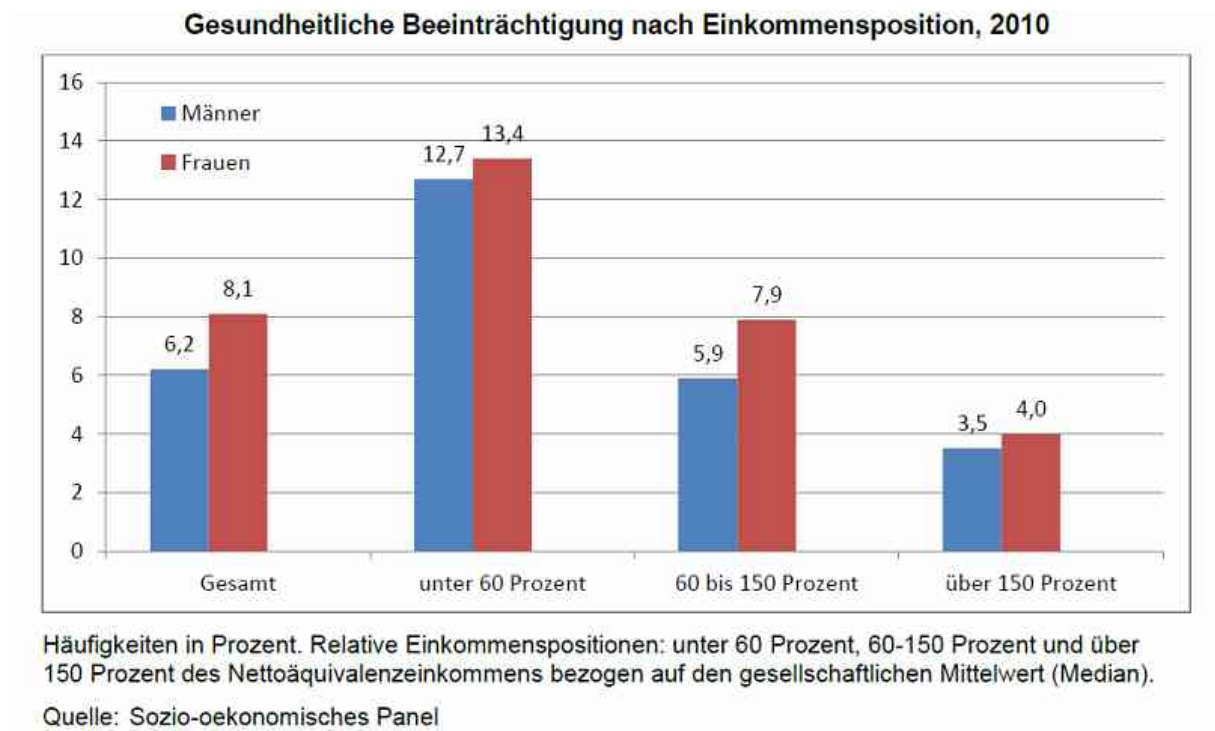


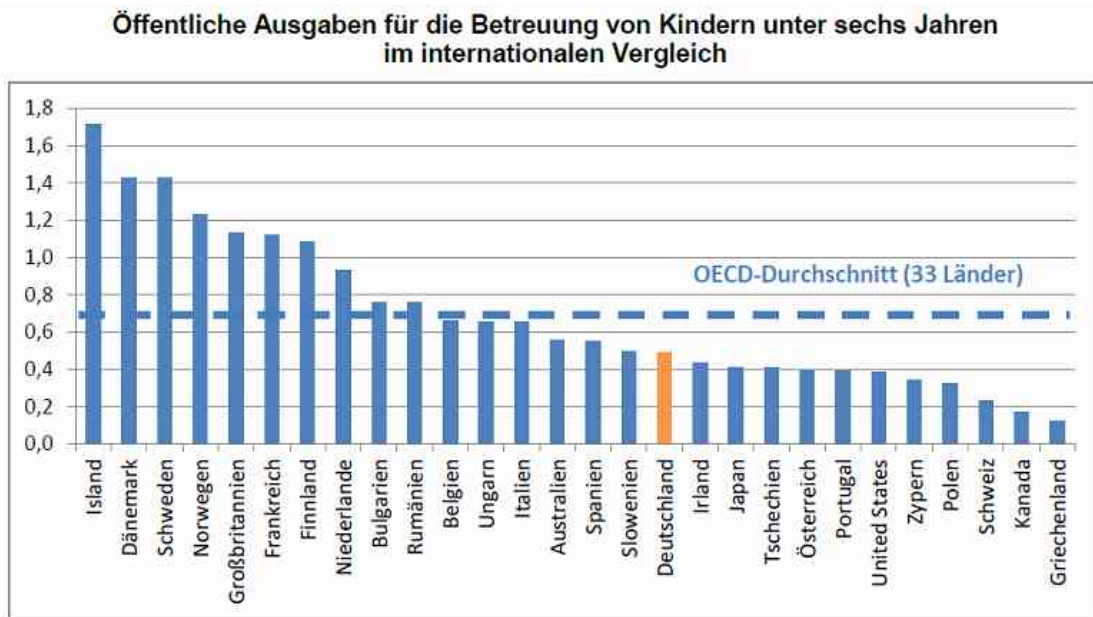
Abb. 5: Zusammenhang von gesundheitlicher Beeinträchtigung und Einkommen



Tab. 6: Verteilung des Privatvermögens



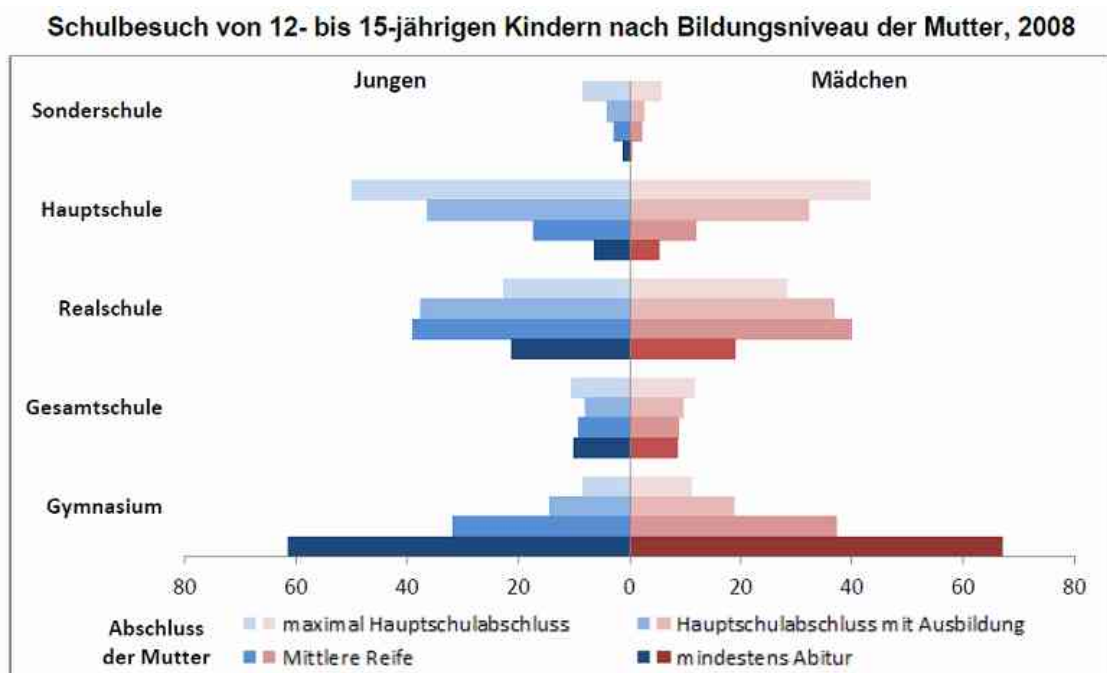
Tab. 7: Öffentliche Ausgaben für die Betreuung von Kindern



Angaben für 2009 in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: OECD Social Expenditure Database 2012.

Tab. 8: Schulbesuch und Bildungsniveau der Mutter



Quelle: WZB und IAB auf Basis des Mikrozensus.

Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht zeigt, dass es vor allem die Menschen aus den unteren sozialen Schichten sind, die massiv benachteiligt werden, auch wenn der Bericht dies beschönigend vor allem als Akzeptanzproblem thematisiert und die Betroffenen selbst hierfür verantwortlich zu machen versucht. Gleichwohl kann der Bericht nicht darüber hinwegtäuschen, dass die massive Benachteiligung von Menschen ihre Ursachen in der kapitalistischen Marktwirtschaft hat.

„Ungeachtet eines hohen Niveaus sozialer und ökonomischer Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland bringen Freiheit, Wettbewerb und unterschiedliche Beschäftigungsmöglichkeiten in der Marktwirtschaft immer auch Ungleichheiten in den Lebenslagen mit sich. Diese bewegen sich zwischen sehr guten (Reichtum) bis sehr eingeschränkten materiellen Ressourcen und Teilhabe (Armut). Entscheidenden Einfluss haben aber auch unterschiedliche Lebensentwürfe.

Gleichheit materieller Ressourcen kann deshalb nicht ein Ziel an sich sein und die Feststellung von Ungleichheit ist nicht grundsätzlich ein Alarmsignal für die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ungleichheiten können allerdings zu Akzeptanzproblemen führen, wenn sie ein gesellschaftlich anerkanntes Maß übersteigen. Dies gilt insbesondere dann, wenn Ungleichheiten vorrangig nicht auf persönlichen Fähigkeiten und individuellen Leistungen basieren“ (Vierter Armutsbericht 2013, 21).

„Prinzipiell sollten unterschiedliche Einkommensverhältnisse und Ungleichheiten in den Lebenslagen in einer durch Freiheit und Wettbewerb gekennzeichneten Marktwirtschaft Ausdruck unterschiedlicher individueller Leistungen, Fähigkeiten und Qualifikationen sein“ (a.a.O., II).

Es scheint in Deutschland nur sehr schwer möglich zu sein, soziale Ungleichheit als solche offen zu benennen und noch schwerer, sie aus den spezifischen Gesetzmäßigkeiten unserer Gesellschaft heraus zu erklären. Vielleicht ist noch in Erinnerung, welche Aufregung eine im Oktober 2006 veröffentlichte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hervorgerufen hat. Sie war zu dem Ergebnis gekommen, dass 8% der deutschen Bevölkerung der von den Forschern von Infratest so genannten Kategorie „abgehängtes Prekariat“ zuzuordnen seien. Als der damalige Vorsitzende der SPD, Kurt Beck, diese Wortschöpfung mit „Unterschicht“ übersetzte, versuchte sein Parteifreund und damalige Vizekanzler Franz Müntefering ein quasi regierungsamtliches Sprachtabu aufzurichten mit der Feststellung, „Unterschicht“ sei ein Hirngespinnst von Soziologen und als Begriff abzulehnen, weil er die ihr zugerechneten Menschen diskriminiere (vgl. dazu Kronauer 2007, 365). Ein bemerkenswerter Versuch, soziale Ungleichheitsstrukturen wegzudefinieren.²

² Siehe dazu auch Schroeder 2013.

5. Benachteiligung und soziale Ungleichheit

Der Begriff „Benachteiligung“ ist eine analytische Kategorie. Er versucht die Folgen gesellschaftlicher Verhältnisse für bestimmte Individuen und Gruppen zu beschreiben. In ihm sind – zumindest implizit – Annahmen über die Ursachen von Benachteiligung enthalten und er ist an einem Begriff von sozialer Gerechtigkeit orientiert. Ich möchte deshalb im Folgenden kurz auf diesen Zusammenhang eingehen.

Man kann zunächst feststellen, dass die gegenwärtige Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland – aber auch anderer kapitalistisch hoch entwickelter Länder – offen gegen diejenigen Gerechtigkeitsprinzipien verstößt, die über viele Jahrzehnte hinweg die herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftsform in der Bevölkerung verankert und legitimiert haben (Kronauer 2007).

Der wesentliche aktuelle Trend in der Entwicklung der deutschen Sozialstruktur ist die wachsende soziale Ungleichheit in Form einer zunehmenden Polarisierung zwischen Privilegierten und Benachteiligten (vgl. auch Kronauer 2006). Bei den materiellen Lebensbedingungen zeigt sich dieser Trend darin, dass Reiche und Arme immer zahlreicher werden, Reiche gleichzeitig auch immer reicher werden und sich im Hinblick auf Einkommen und Besitz immer weiter nach oben absetzen. Die Probleme der Armen verschärfen sich, weil die Kluft zwischen unten und oben sowie zwischen unten und gesellschaftlicher Mitte immer größer wird und sich das untere Zehntel immer stärker verschuldet. Im Zuge der Einkommenspolarisierung bröckelt die gesellschaftliche Mitte etwas nach unten ab.

Die Umschichtung nach unten hängt mit den Veränderungen in den Arbeitsbedingungen zusammen. Das Normalarbeitsverhältnis – die unbefristete Vollzeitbeschäftigung – ist rückläufig, prekäre Arbeitsverhältnisse wie Befristung, Minijobs und Leiharbeit, die tendenziell mit niedrigen Einkommen verbunden sind, nehmen zu. Von der Entstandardisierung und Prekarisierung der Arbeit sind Geringqualifizierte stärker betroffen als andere, aber auch in den mittleren und höheren Schichten haben sich die Zonen der Prekarität ausgedehnt.

Den Reichen gelingt es zunehmend, ihre Privilegien zu erhalten, und Arme müssen länger in ihrer Notsituation ausharren. Im oberen Bereich haben sich die Aufstiegschancen der Wohlhabenden in die Gruppe der Reichen verbessert, während in der sozialen Mitte die Abstiegsrisiken größer und die Aufstiegsmöglichkeiten

kleiner geworden sind (Geißler 2010). Soziale Ungleichheit, die ja nichts Neues und eine quasi „natürliche“ Begleiterscheinung sowie eine geradezu notwendige Bedingung kapitalistischer Gesellschaften ist, hat in den letzten Jahren jedoch eine neue Qualität bekommen (Kronauer 2007).

6. Ursachen wachsender sozialer Ungleichheit

Gemeinhin werden Globalisierung und technologischer Wandel als die wesentlichen Ursachen für diese Entwicklung genannt. Dies klingt nach einer quasi naturgesetzlichen Entwicklung. Folgt man *Paul Krugman*, einem renommierten amerikanischen Ökonomen (Universität Princeton), trifft diese Erklärung jedoch nur bedingt zu. Auch wenn Globalisierung und technologischer Wandel angesichts zunehmender internationaler Konkurrenz und der Einführung neuer Informationstechnologien in einem gewissen Umfang dazu führen, dass gerade gering Qualifizierte besondere Probleme haben, den Lebensstandard zu halten, sind sie doch nicht ursächlich für die deutlichen Einkommens- und Vermögensdifferenzen. Vor allem aber können sie nicht erklären, warum Einkommen und Vermögen derart überproportional an der Spitze ansteigen und sich dort konzentrieren (Krugman 2002, 4).

Krugman zufolge haben sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten soziale Normen tief greifend verändert. Die oberen Klassen haben den Gesellschaftsvertrag aufgekündigt. Das „bloße Geld machen“ wird wieder zum alleinigen Maßstab des Erfolgs, unabhängig von jeder Verpflichtung dem Unternehmen und seinen Beschäftigten gegenüber.

Die Durchsetzung einer solchen Veränderung sozialer Normen war möglich durch das Interessenzusammenspiel von Kontrollierten und Kontrolleuren (Politik), von Vorständen, Aufsichtsräten und Analysten. Zum Tragen kommt diese Macht insbesondere im Rahmen des „Strukturwandels der Finanzmärkte“, des Wandels vom „*Managerkapitalismus*“ zum „*Investorkapitalismus*“ (Krugman 2002, 6). In den USA beginnt diese Entwicklung bereits in den 1970er Jahren mit der Aufhebung fester Austauschrelationen der wichtigsten Währungen zum Dollar. Sie beschleunigt sich in den folgenden Jahrzehnten mit der Liberalisierung der Finanzmärkte und der Einführung neuer Finanzinstrumente, auch in Europa und Deutschland. Investoren haben heute eine breite Palette von Möglichkeiten, ihr Geld lukrativ anzulegen. Investitionen in die Herstellung von Gütern und die Erbringung von Dienstleistungen sind nur einige dieser Optionen unter vielen,

und sie werden nun an den alternativen Gewinnmöglichkeiten gemessen, die u.a. Finanztransaktionen spekulativer Art bieten.

Die Unternehmen werden reorganisiert, Leistungsbewertungs- und Entlohnungssysteme immer enger an marktförmigen oder marktbezogenen Steuerungszielen ausgerichtet. Aktienkurse reagieren häufig besonders positiv, wenn Unternehmen „verschlankt“, also Arbeitsplätze abgebaut werden. Das Leistungsprinzip war immer schon auf problematische Weise mit der Anforderung des Markterfolgs verbunden. Heute wächst die Spannung zwischen arbeitsvermittelter Leistung und Markterfolg immer stärker an. Wenn als Leistung nur noch gilt, was den Anlegern die höchste Rendite bringt, droht die Verbindung zur Leistungsgerechtigkeit völlig zu reißen (Neckel 1999 und 2006).

Die Gewinn- und Vermögenseinkommen tragen mittlerweile in Deutschland einen immer geringeren Anteil der Steuerlast. Es drängt sich der Eindruck auf, dass die Arbeitnehmer die ihnen zufließenden staatlichen Transfers inzwischen weitgehend selbst finanzieren (Andreß/Kronauer 2006, 39). Das Urteil über den Stand der *Chancengleichheit* in Deutschland haben die PISA-Studien überaus deutlich und deprimierend gefällt, aber die Lage und Aussichten der gering Qualifizierten sind nicht nur hier, sondern in vielen Ländern besonders kritisch. Die *Bedarfsgerechtigkeit* schließlich wird überall in der Europäischen Union, wenngleich in unterschiedlichen Abstufungen, einer nur scheinbaren Leistungsgerechtigkeit untergeordnet. Selbst das Recht auf ein Minimum an kulturell angemessenem Lebensstandard ist nicht mehr selbstverständlich, sondern muss *verdient* werden. Die Klienten der Arbeits- und Sozialbehörden müssen Verträge mit den Ämtern eingehen, ohne dass dies eine wirkliche Wechselseitigkeit konstituieren würde. Denn die Klienten können an den Vorleistungen, die sie erbringen sollen, scheitern und sehen sich dann Sanktionen ausgesetzt. Die Behörden andererseits können und müssen in den seltensten Fällen einen Erfolg ihrer Maßnahmen, sprich: eine verlässliche Einkommens- und Lebensperspektive für ihre Klienten, garantieren.

Die ohnehin fragile und in vieler Hinsicht illusionäre Leistungsgerechtigkeit wird weiter brüchig. Trotzdem sind der Grad und die Qualität der Erwerbsbeteiligung weiterhin bestimmend für die sozialen Wechselbeziehungen, die durch die gesellschaftliche Arbeitsteilung gestiftet werden – zumindest so lange, wie Erwerbsarbeit der vorherrschende und alle anderen Arbeitsformen beherrschende Arbeitstypus ist. Daraus können nun unterschiedliche Folgerungen gezogen werden.

7. Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik als Standortpolitik

Eine Folgerung könnte die konsequente Weiterverfolgung bzw. Umsetzung des neoliberalen Denkmodells sein. Dessen Kern liegt darin, auch individuelle Freiheit noch zu instrumentalisieren für *Produktivität, Innovation, Wachstum und Fortschritt* und alles in den Dienst des ökonomischen Fortschritts zu zwingen (Null-

meier 2010, 15). Anpassung an die Marktrealitäten oder die Forderung nach mehr Eigenverantwortung bis hin zum Marktfatalismus sind hiervon die logische Folge (ebd.).

Eine andere Variante im Interesse der Standortverbesserung (Logik der Standortpolitik) könnte darin bestehen, alle Politikfelder noch weiter durchzurationalisieren. Um dem Wettbewerbsziel einer möglichst qualifizierten Bevölkerung, in Analogie zur unternehmerischen Politik einer nationalen „Olympiamannschaft“, näher zu kommen, kann eine staatliche „Personalpolitik“ betrieben werden, die einerseits Qualifizierungsaufgaben ins Zentrum stellt (Bildungspolitik), andererseits aber auch Maßnahmen der Personalanwerbung. Die Steuerung der Einwanderung wird vor diesem Hintergrund auf die Anwerbung Hochqualifizierter in Mangelberufen ausgerichtet, die Zuwanderung ansonsten aber möglichst eingeschränkt.

In der Logik der Standortpolitik liegt es aber auch, einen nächsten Schritt zumindest gedanklich zu vollziehen: Die Verminderung der weniger qualifizierten Teile der Bevölkerung. Standortpolitisch wäre dies ein wünschenswertes Ziel. Es könnte auch über Abwanderung weniger qualifizierter, weniger für den Standortwettbewerb geeigneter Bevölkerungsteile realisiert werden.

Dieser Denkschritt liegt durchaus in der Konsequenz neoliberaler Politik mit politisch allerdings höchst gefährlichen Konsequenzen, nämlich dem Versuch, durch eine gezielte Auswanderungspolitik Anreize zu schaffen für weniger qualifizierte Bevölkerungsteile, das Land zu verlassen oder dies gar mit drastischeren Maßnahmen durchzusetzen (vgl. z.B. die Ausweisung von Roma in Frankreich). Gedanklich ist damit ein *Einstieg in eine negativ-selektive Bevölkerungspolitik auf der Ebene öffentlicher Kommunikation* erreicht (22f.). In eine solche Richtung weisen z.B. die öffentlich durchaus ernsthaft diskutierte Auffassungen von Peter Sloterdijk (z.B. 2009) oder Thilo Sarazin (z.B. 2010).

8. Für eine Politik des Sozialen

In eine ganz andere Richtung gehen Überlegungen von Martin Kronauer. Er geht zurecht davon aus, dass es unter den Bedingungen einer kapitalistisch organisierten Marktwirtschaft kein Recht auf Erwerbsarbeit geben kann – es sei denn, die Machtverhältnisse würden zuungunsten der Kapitaleigner und ihrer Vertreter im Unternehmen grundlegend verändert. Gesellschaftliche Teilhabe bleibt des-

halb in Gesellschaften mit kapitalistischer Marktwirtschaft immer prekär (Kronauer 2008, 4).

Deshalb fordert er eine Politik des Sozialen, die den Bürgerstatus gegen eine zu enge Bindung an den jeweiligen Erwerbsstatus verteidigt. Eine solche Politik würde der Tatsache Rechnung tragen, dass (Erwerbs)Arbeit, soziale Rechte und soziale Nahbeziehungen auf je eigene Weise Zugehörigkeit und Teilhabe vermitteln. Sie lassen sich deshalb weder aufeinander reduzieren, noch durch einander ersetzen oder voneinander abhängig machen. Denn *Erwerbsarbeit* und *soziale Rechte* folgen unterschiedlichen Zuteilungslogiken. Erwerbsarbeit wird über den Markt verteilt und kann ohne jedes eigene Zutun verloren gehen. Soziale Rechte dagegen sind an den Bürgerstatus gebunden. Sie können nur aberkannt werden, wenn auch der Bürgerstatus aberkannt wird. *Soziale Nahbeziehungen* schließlich können weder Erwerbsarbeit noch soziale Rechte verwandtschaftlicher und freundschaftlicher Art stiften und gewährleisten – immerhin aber können sie in dieser Hinsicht Möglichkeiten eröffnen und stabilisieren.

Eine Politik des Sozialen würde deshalb zuallererst die Unabhängigkeit der Bürgerin und des Bürgers von den Wechselfällen des Marktes und des Erwerbsstatus zu stärken haben – unter bestimmten Voraussetzungen mit einem bedingungslosen Grundeinkommen, in jedem Fall aber mit der Bereitstellung wesentlicher kultureller Güter als öffentliche Güter. Aber sie würde nicht auf die Idee verfallen, sich dadurch von den „Überflüssigen“ des Arbeitsmarkts loskaufen zu wollen.

Eine Politik des Sozialen würde die eigenständige, vergesellschaftende Bedeutung der Erwerbsarbeit anerkennen, aber in dem Bewusstsein, dass die Beschäftigten angesichts zunehmender Arbeitsplatzunsicherheit und wachsender Anforderungen an ihre zeitliche, räumliche und qualifikatorische Anpassungsbereitschaft neue Handlungsspielräume und soziale Sicherheiten brauchen. Die kann und wird ihnen keine Selbstverpflichtung eines Unternehmens geben, dafür bedarf es rechtlicher und materieller Grundlagen durch die Gesetzgebung. Die europäische Diskussion um Übergangsarbeitsmärkte, den abgesicherten Wechsel zwischen Arbeitsstellen, Tätigkeitsformen und Lebensphasen, geht z.B. in diese Richtung, Auch hier geht es darum, gegenüber Marktabhängigkeiten Wahlmöglichkeiten zu stärken, sowohl innerhalb der Erwerbsarbeit als auch im Lebensverlauf.

Eine Politik des Sozialen würde schließlich nicht um jeden Preis die Vermarktlichung aller Tätigkeiten (z.B. auch von haushaltsbezogenen und Pflügetätigkeiten)

betreiben, sondern eine gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit und nicht-erwerbsförmig organisierter Arbeit auf Männer und Frauen anstreben. Wäre es nicht möglich, weniger zu arbeiten, aber besser – Arbeit für alle? Es wird uns vorgespiegelt, dieses Ziel sei in einem schlechten Sinne utopisch. Dabei ist es von den technischen und organisatorischen Möglichkeiten reicher Gesellschaften her gesehen zum Greifen nahe (Kronauer 2007).

9. Folgerungen für den Übergangsbereich

Was heißt dies nun für den Übergangsbereich und speziell für solche Institutionen wie die Produktionsschulen?

Absicht meiner analytischen und gesellschaftspolitischen „Rundumschläge“ war es, darauf aufmerksam zu machen bzw. dafür zu sensibilisieren, dass wir den Übergangsbereich nicht losgelöst von den umfassenderen Ungleichheitsstrukturen unserer kapitalistisch verfassten Gesellschaft betrachten können und alle Versuche zur Lösung der Übergangsprobleme benachteiligter Jugendlicher leicht in die Irre führen, wenn sie nur im engen Rahmen des Bildungssystems oder des Übergangssystems gesucht werden. Sie führen aber auch in die Irre, wenn sie in unreflektierter Anpassung an die Gesetze des Marktes (Herstellung marktgängiger Produkte), in der Anpassung der Jugendlichen an die so genannte Realität der Arbeitswelt („wirtschaftsnahe Angebote“) gesucht werden. Die Logik der Benachteiligung, wie im Vortrag gezeigt, kann dadurch nicht ausgehebelt werden.

Vielleicht ist das ja auch gar nicht die Absicht. Für das, was Kronauer eine „Politik des Sozialen“ genannt hat, gibt es jedoch konkrete Vorschläge und Beispiele, wie auch ohne affirmative Anpassung und Qualifizierung Jugendlicher zu willigen und billigen Arbeitskräften der Übergangsbereich sinnvoll gestaltet werden kann.

Dazu kann ich in der anschließenden Diskussion gerne noch etwas sagen. Jetzt muss ich jedoch noch auf die Produktionsschulen eingehen. Ich möchte dies in Form verschiedener Fragen tun, die ich vor dem Hintergrund meiner bisherigen Ausführungen formuliere. Dabei stütze ich mich auf einschlägige Veröffentlichungen von Protagonisten der Produktionsschulen.

10. Fragen an das Fachkonzept „Produktionsschule“

1. Das Fachkonzept „Produktionsschule“ verfolgt unter anderem das Ziel, „durch die Marktnähe der Produktionsschule“ (Fachkonzept Produktionsschule 2009, 95) Ausbildungslosigkeit und Arbeitslosigkeit zu vermeiden oder schnell zu beenden. Wie soll das gelingen? Gibt es dafür empirische Belege?
2. Ein wesentlicher Kern des Fachkonzepts „Produktionsschule“ ist die Ausführung so genannter „Realaufträge“ durch die Jugendlichen. Wie real sind diese Aufträge, wenn sie als Nischenproduktion angelegt sein müssen und vom Wohlwollen der Kammern abhängig sind? Werden tatsächlich marktfähige Produkte erstellt? Wie real sind solche Aufträge, wenn Jugendliche zu jeder Zeit aus- und einsteigen können („ein- und ausgeschleust“ werden)? Geht es hier nicht ausschließlich um Einfach Tätigkeiten und gering qualifizierte Arbeit?
3. Wie erfolgt die Verknüpfung von Arbeiten und Lernen? Wodurch unterscheidet sie sich von der, die die EU-Kommission verlangt (vgl. EU 2013, 2; hier Pt. 2). Welcher Bildungsgehalt steckt in der Verknüpfung von Lernen und Produktion? Was wird gelernt und wie wird das gewährleistet?
4. Welche Rolle spielen Jugendliche bei der Bestimmung der Lernziele, der Auswahl der zu erstellenden Produkte, der Bewertung der Ergebnisse? Mit anderen Worten: Gibt es eine Partizipation der Jugendlichen und falls ja, worauf bezieht sie sich?
5. Welchen Sinn macht die von ihren Protagonisten verfolgte Absicht, Produktionsschulen als drittes Bildungssystem zu implementieren? Inwiefern und in welcher Weise würden Jugendliche davon profitieren?

Ich möchte mich hier auf diese wenigen Fragen beschränken und gehe davon aus, dass sie genügend Anregungen für die nachfolgende Diskussion enthalten.

11. Fazit

Produktionsschulen sind wie alle anderen Institutionen des Übergangssystems das Ergebnis eines auf Arbeitsteilung, sozialer Benachteiligung und Ungleichheit bestehenden Gesellschaftssystems und von Machtverhältnissen, die von diesen Strukturen profitieren. Tragen diese Institutionen, und somit auch die Produktionsschulen, indem sie je nach konjunktureller Lage mal mehr, mal weniger Jugendliche zum Übergang in Ausbildung und Beschäftigung verhelfen, nicht auch selbst zur Legitimation der Selektivität des Bildungs- und Beschäftigungssystems bei? Wird nicht auch durch sie denjenigen Jugendlichen, die zurückbleiben (müssen), nicht suggeriert, ihre Chance nicht genutzt zu haben? Falls das so ist, warum sollte man dann Produktionsschulen, wie von ihren Protagonisten gefordert, verstetigen?

Literatur

- Alt Vater, Elmar/Huisken, Freerk 1971: Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors. Erlangen.
- Andreß, Hans-Jürgen/Kronauer, Martin 2006: Arm – Reich. In: Lessenich, Stephan/Nullmeier, Frank (Hg.): Deutschland – eine gesplittene Gesellschaft. Frankfurt a.M., S. 28–52.
- Beck, Ulrich/Brater, Michael 1978: Berufliche Arbeitsteilung und soziale Ungleichheit. Frankfurt am Main.
- Christe, Gerhard 1980: Schichtspezifische Sozialisation – ein Konzept zur Legitimation sozialer Ungleichheit? Frankfurt am Main.
- Christe, Gerhard 2012: Der Fachkräftemangel als Chance für benachteiligte Jugendliche: Realität oder Phantom? Beitrag für BIBB GPC unter: <https://www.ueberaus.de/www/fachkraeftemangel-als-chance.php>.
- BMAS (Hg.) 2013: Lebenslagen in Deutschland. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn.
- Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 2013: STELLUNGNAHME zu der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Neue Denkansätze für die Bildung: bessere sozio-ökonomische Ergebnisse durch Investitionen in Qualifikationen. SOC/476. COM (2012) 669 final. Brüssel.
- Europäisches Kolloquium Produktionsschule 2010. Tagungsband der Veranstaltung im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung am 24. Juni 2009 in Berlin. Münster.
- Fachkonzept Produktionsschule 2009. Vorlage aus dem „Runden Tisch Produktionsschule in den Neuen Ländern“ des BMVBS zur Umsetzung von Produktionsschulen im Rahmen Berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit Hannover.
- Geißler, Rainer 2010: Die Sozialstruktur Deutschlands. Aktuelle Entwicklungen und theoretische Erklärungsmodelle. Gutachten im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. WISO-Diskurs. Bonn.
- Georg, Walter/Sattel, Ulrike 2006: Berufliche Bildung, Arbeitsmarkt und Beschäftigung. In: Arnold, Rolf/Lipsmeier, Antonius (Hg.): Handbuch der Berufsbildung. Wiesbaden, S. 125–152.
- Heinz, Walter R. 1987: Hauptsache eine Lehrstelle. Jugendliche vor den Hürden des Arbeitsmarktes. Weinheim.
- Huisken, Freerk 1972: Zur Kritik bürgerlicher Didaktik und Bildungsökonomie. München.
- Krappmann, Lothar 1975: Konsequenzen der Sozialisationsforschung für das Lernen in der Schule. Was leistet die Schule zur Herstellung der Chancengleichheit? In: Neue Sammlung, Bd. 15, S. 15-34.
- Kronauer, Martin 2006: „Exklusion“ als Kategorie einer kritischen Gesellschaftsanalyse: Vorschläge für eine anstehende Debatte. In K.-S. Rehberg (Hg.): Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2. Frankfurt am Main, S. 4179–4190.
- Kronauer, Martin 2007: Neue soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeitserfahrungen: Herausforderungen für eine Politik des Sozialen. In: WSI Mitteilungen 7/2007, S. 365-372.
- Kronauer, Martin 2008: Zum Verhältnis von sozialer Ausgrenzung und Aktivierungspolitiken. Zwei Thesen. Impulsvortrag beim Workshop des Gesprächskreises Arbeit und Qualifizierung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Soziale Ausgrenzung und Aktivierungspolitiken im internationalen Vergleich“. Berlin.
- Krugman, Paul 2002: Schmalspur-Ökonomie. Die 27 populärsten Irrtümer über Wirtschaft. München.
- Neckel, Sighard 1999: Blanker Neid, blinde Wut? Sozialstruktur und kollektive Gefühle. In: Leviathan 27. 2, S. 145–165.
- Neckel, Sighard 2006: Gewinner – Verlierer. In: Lessenich, Stephan/Nullmeier, Frank (Hg.): Deutschland – eine gesplittene Gesellschaft, Frankfurt am Main, S. 353–371.
- Nullmeier, Frank 2010: Kritik neoliberaler Menschen- und Gesellschaftsbilder und Konsequenzen für ein neues Verständnis von „sozialer Gerechtigkeit“. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. WISO-Diskurs. Bonn.

Roth, Heinrich (Hg.) 1969: Begabung und Lernen. Gutachten und Studien der Bildungskommission. Bd. 4, 3. Aufl., Stuttgart.

Sarrazin, Thilo 2010: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München.

Schroeder, Klaus 2013: Rezension von Hans-Ulrich Wehler: Die neue Umverteilung, München 2013; FAZ Nr. 59 vom 11.03.2013, S. 18.

Sloterdijk, Peter 2009: Aufbruch der Leistungsträger. In: Cicero 11 / 2009, S. 94–107.

Weber, Brigitte/Weber, Enzo 2013: Bildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit. IAB-Kurzbericht 4/2013.